Nr. 130 Abend-Ausgabe Berlin Freitag, 16. März 1928
B 65 V

Vossische Zeitung

10 Pfennig Gegründet 1704 Mit Kurszettel

Berlinische Zeitung von Staats- und gelehrten Sachen

Bezugsbedingungen und Anzeigenpreise, sowie Beilagen, Erscheinungsweise usw. werden im Kopf der Morgen-Ausgabe aufgeführt.

Verlag Ullstein. Chefredakteur: Georg Bernhard. Verantw. Redakteur (m. Ausn. d. Handelsteils): Carl Misch, Berlin Charl. Manuskripte werden nur zurückgesandt, wenn Porto beiliegt.

Schriftleitung: Berlin SW 68, Kochstraße 22-26

Fernsprech-Zentrale Ullstein. Amt Dönhoff (A 7) 3806—3865 für das Fernverkehr Amt Dönhoff 3685—3688. Telegramm-Adresse: Ullsteinhaus, Berlin. Postscheckkonto Berlin 658.

Diktator Schiele

So miserabel die Deutschnationalen regiert haben, so gut verstehen sie es, den völligen Bankrott ihrer Außenpolitik und ihrer Wirtschaftspolitik zu verschleiern. Wenigstens draußen auf dem Land, wo der Großgrundbesitzer den Ton angibt und die Presse den Weisungen der Hugenberg-Zentrale folgt.

Als die Regierungs-Koalition zusammenbrach, waren die deutschnationalen Wählermassen aufs schwerste enttäuscht und ernüchtert. Wie scharf die Abkehr war, und wie ernst die Lage damals beurteilt wurde, ergibt sich aus der Tatsache, daß der Landbund einige seiner deutschnationalen Reichstagsvertreter zur Gründung einer eignen „Bauernpartei" abkommandierte. Man hatte offenbar die Nerven verloren und in einer Art von Panik-Stimmung die Flinte ins Korn geworfen. Man hat sie wieder ausgegraben.

Das „Notprogramm" hat seine Schuldigkeit getan. Es hat den Deutschnationalen wenigstens in ihren Hauptrekrutierungsgebieten, in den von Reichslandbund beherrschten östlichen Landbezirken, aus der Not geholfen. Sie haben eine Frist gewonnen, die sie mit gewohnter Skrupellosigkeit und mit unleugbarem demagogischem Geschick ausgenutzt haben. Sie schlagen die schärfsten Töne an und überradikalisieren die Radikalen. Es ist wie in der Maienzeit des Bundes der Landwirte, wo der Gutsbesitzer Rupprecht-Ranfern die Parole ausgab: wir müssen unter die Sozialdemokraten gehen. Das war in den neunziger Jahren dasselbe, wie wenn man heute sagt: wir müssen den Kommunistischen Aufruhr predigen. Und das tun sie ja auch. Sie pfeifen auf die Staatsautorität und kümmern sich den Teufel darum, daß an der Spitze des Staates Hindenburg steht, mit dem sie angeblich ein besonderes Treue-Verhältnis verbindet. Es kommt ihnen auch nicht darauf an, Zusammenstöße herbeizuführen. Mögen sich doch die verhetzten Massen gegen die Gesetze vergehen, und mögen pflichttreue Beamte der Hetze zum Opfer fallen! Die Hauptsache ist, bis zum Wahltag eine Siedehitze zu erzeugen, die es den Deutschnationalen möglich macht, jede sachliche Aufklärung zu verhindern und ihre ländliche Gefolgschaft, die endlich kopfscheu geworden war, noch einmal zu mobilisieren.

Und im Reichstag hat sich eine taktische Lage herausgebildet, bei der die Deutschnationalen glauben, ihren bisherigen Bundesgenossen rücksichtslos diktieren zu können. Die gestrige Erklärung, in der jede Abänderung des sogenannten Notprogramms in schroffster Weise abgelehnt wird, richtet sich in erster Linie gegen das Zentrum, das den schüchternen Versuch machte, sich der Drosselung bei der Gefrierfleisch-Einfuhr zu widersetzen.

Die Deutschnationalen erklären kurz und bündig: alles oder nichts. Es kommt ihnen dabei nicht auf diese oder jene Maßnahme an, deren Unwirksamkeit und Bedenklichkeit von ihnen selbst kaum bestritten werden kann. Sie wollen nur verhindern, daß überhaupt diskutiert wird. Der Reichstag soll unbesehen alles schlucken, was Herr Schiele und seine Landbund-Berater dekretieren. Das sogenannte „Notprogramm" ist in Wirklichkeit nichts anderes, als eine Vollmacht für Herrn Schiele, über hunderte von Millionen Reichsgelder nach Belieben zu verfügen. Daß man heute auf Betreiben des Zentrums beschlossen hat, ihn dabei durch einen ständigen Ausschuß überwachen zu lassen, zeigt, daß man weiß, was gespielt wird. Aber glaubt man ernstlich, durch einen so schwerfälligen Apparat etwas ausrichten zu können? Der Landbundminister läßt sich eine Ueberwachung gerne gefallen, die unwirksam bleibt und ihn außerdem noch entlastet.

Die bisherigen Regierungsparteien mögen es unter sich ausmachen, wie sie sich mit einer Lage abfinden, die für die Deutschnationalen höchst reizvoll ist, während die übrigen Partner die Zeche bezahlen. Um so schärfer muß die Opposition ihren Standpunkt herausarbeiten. Sie hat kein Interesse daran, die Annahme des Notprogramms zu erleichtern, dessen Charakter als deutschnationales Wahlmanöver jetzt so kraß hervorgetreten ist. Selbstverständlich muß dafür gesorgt werden, daß die Kleinrentner, Sozialrentner und Liquidationsgeschädigten unter keinen Umständen benachteiligt werden. Aber es ist ja kein Zweifel, daß eine Regelung durch einen neuen Reichstag, die im Juni mit rückwirkender Kraft beschlossen werden könnte, in einer für die wirklich von Not bedrückten Kreise in Stadt und Land viel günstigeren Atmosphäre erfolgen würde, als jetzt vor Toresschluß, unter dem Druck des deutschnationalen großagrarischen Diktates.

J. E.

Die Note an Moskau

Die Zulassung deutscher Verteidiger verlangt

Reichsaußenminister Dr. Stresemann hat dem russischen Botschafter Krestinski am Schluß der gestrigen Unterredung eine schriftliche Aufzeichnung überreicht, in der der Standpunkt der deutschen Regierung zu der Verhaftung der sechs deutschen Ingenieure in Rußland fixiert wird. Dieses Aidmemoire enthält die Mitteilung von dem vorläufigen Abbruch der deutsch-russischen Wirtschaftsverhandlungen, aber auch gleichzeitig die Forderung, daß zur Vertretung der Interessen der verhafteten Ingenieure deutsche Verteidiger von der russischen Regierung zugelassen werden.

In die Reichswehrwache gefahren

Schweres Unglück auf der Pulitzbrücke / Zwei Unteroffiziere und zwei Gefreite verletzt / Der Droschkenchauffeur festgenommen

Heute mittag kurz nor ½1 Uhr ereignete sich auf der Pulitzbrücke im Nordwesten Berlins ein folgenschweres Automobilunglück. Die Autodroschke IA 41 277, von dem Chauffeur Heinze gesteuert, fuhr von hinten in eine Reichswehrwache hinein. Zwei Unteroffiziere und zwei Gefreite wurden teils schwerer, teils leichter verletzt. Drei von ihnen, die zunächst ins Virchow-Krankenhaus gebracht wurden, fanden im Garnisonlazarett Aufnahme. Der Chauffeur Heinze wurde vorläufig festgenommen und zum Polizeirevier 26 in der Pulitzstraße 26 gebracht, wo er zur Stunde von dem Revier-vorsteher verhört wird.

Die Wache unter Führung des Unterfeldwebels Andrey und des Unteroffiziers Palka befand sich in einer Stärke von vierzehn Mann als Wachablösung auf dem Wege zu den Schießständen in der Jungfernheide. Als der Trupp die enge Pulitzbrücke kurz vor dem Institut für Infektionskrankheiten passiert hatte, erzünte plötzlich ein gellender Aufschrei. Die Autodroschke, deren Chauffeur entweder die Steuerung oder beim Ausweichen den Ueberblick verloren hatte, war von hinten in die marschierende Kolonne hineingefahren und hatte vier Reichswehrsoldaten umgerissen. Der Unterfeldwebel Andrey und der Unteroffizier Palka hatten schwere Beinverletzungen, möglicherweise Knochenbrüche, der Obergefreite Stille erhebliche, der Gefreite Müller weniger schwere Hautabschürfungen davongetragen.

Die Verletzten wurden in das nur wenige Schritt entfernte Virchowkrankenhaus gebracht, das die Kommandantur Berlin von dem Unfall benachrichtigte. Die Kommandantur entsandte einen Offizier in das Krankenhaus, der die Ueberführung von Andrey, Palka und Stille in das Garnisonlazarett veranlaßte. Müller konnte sich in die Kaserne begeben, wo seine Verletzungen zur Stunde von dem Truppenarzt untersucht werden.

Die Polizei sperrte die Unglücksstelle in weitem Umfange ab und nahm den Chauffeur Heinze bis zur völligen Klärung des Sachverhalts fest.

Die Gefrierfleisch-Vorlage angenommen

Mit den Stimmen des Zentrums

Der Konflikt zwischen den Deutschnationalen und dem Zentrum der über die Gefrierfleischvorlage der Reichsregierung entstand, ist beseitigt. Im Hauptausschuß des Reichstages ist die Vorlage mit den Stimmen der früheren Koalitionsparteien, also auch des Zentrums, angenommen worden. Das bedeutet, daß vom 1. Mai ab das Kontingent allmählich herabgesetzt wird und dann ganz verschwinden soll.

Das Zentrum hat seinen Umfall mit einigen Bedingungen verbrämt:

1. daß bei der Verteilung des verbleibenden Gefrierfleischkontingents auch die stark industrialisierte Gegend um Mannheim berücksichtigt werde;

2. daß eine Entschließung gefaßt werde, wonach bei eintretenden Notständen auf dem Gebiete der Fleischversorgung auch wirklich von der im Gesetze vorgesehenen Möglichkeit einer Erhöhung des Kontingents entsprechend der Marktlage mit Zustimmung des Ausschusses Gebrauch gemacht werde;

3. das Zentrum werde einen Antrag einbringen, für die Verteilung der im Notprogramm für die Landwirtschaft vorgesehenen Beträge dem Minister einen ständigen Beirat von 28 Mitgliedern zur Seite zu stellen. **Die Verteilung der Gelder solle gebunden sein an die Zustimmung dieses Ausschusses, der auch nach Auflösung des Reichstags fortbestehen solle.**

Reichsernährungsminister Schiele stimmte der Einsetzung eines Beirats zu, den er selbst vorgeschlagen habe.

Nach eingehender Aussprache wurde die Regierungsvorlage unter Stimmenthaltung der Demokraten (die durch den Abg. Freiherrn v. Richthofen (Dem.) erklären ließen, daß sie zu dem Gesetz noch nicht Stellung nehmen könnten), angenommen. Auf Antrag der Regierungsparteien wurde jedoch noch beschlossen, daß Artikel I § 5 des Gesetzes über Zolländerungen vom 17. August 1925 dahin ergänzt wird: „Dieses Gesetz tritt am 1. Mai 1928 außer Kraft". Dieser Beschluß bedeutet, daß die Neuregelung des Gefrierfleischkontingents am 1. Mai in Kraft treten soll.

Unter Stimmenthaltung der Deutschnationalen wurde dann **die Einsetzung eines Beirats beim Reichsernährungsministerium** für die Verteilung der im Notprogramm für die Landwirtschaft vorgesehenen Beträge beschlossen.

Ebenso wurde eine Entschließung des Zentrums angenommen, wonach 2 Millionen von den 30 Millionen, die für die Regulierung des Vieh- und Fleischmarktes bestimmt sind, von vornherein zugunsten der Organisationen der Erzeuger, Verbraucher und Fleischer abgezweigt werden sollen.

Der Schulstreik in Berlin N

Ein warnendes Beispiel

Der Schulstreik in Berlin N. veranlaßt die „Nationalliberale Korrespondenz" zu folgender Betrachtung:

Es handelt sich — wenn man auf das Wesentliche sieht — um einen Kulturkampf zwischen zwei organisierten Elterngemeinschaften entgegengesetzter Kulturauffassung und der öffentlichen Schulverwaltung um die Benutzung eines bestimmten Schulgebäudes. Das ist in der Tat das Grundschädliche; ebenso charakteristisch ist, daß dieser Schul- und Kulturkampf nicht nur zwischen den organisierten Elternbünden und der Schulverwaltung ausgetragen wird, sondern auch zwischen den Schulkindern, die in verschiedenen Heerlagern stehen und dabei wie dort zu der öffentlichen Schulverwaltung und Schulordnung in Gegensatz geraten.

Solche Schulstreiks sind zurzeit in Deutschland immer noch eine Seltenheit, aber nur, weil ein Reichsschulgesetz nach den Wünschen des Zentrums, der Deutschnationalen und der von ihnen beeinflußten Elternbünden nicht zustandegekommen ist. Sonst würde das, was wir jetzt im Bezirk Prenzlauer Berg zu Berlin als Ausnahmefall erleben, zu den alltäglichen Vorgängen in Stadt und Land gehören!

Nicht nur das, nicht nur die Zahl der Schulkämpfe würde sich vertausendfachen, ja verzehntausendfachen, sondern auch die Intensität der Kämpfe würde an Erbitterung zunehmen. Zu der Größe, Verbissenheit und Tragik der Schulkämpfe, die ein Reichsschulgesetz Rendellschen Geistes auslösen müßte, ist der Schulstreik in der Sonnenburger Straße nur ein ganz schwaches Vorexerzieren.

Das Rendellsche Schulgesetz hätte den Schulkrieg verewigt, hätte ihn in jeden Schulort, in jede Stadt und jeden städtischen Schul-